

Schule in Wien

Bildungsdirektor **Mag. Heinrich Himmer** spricht am 12. November 2018 im Wirtschaftsmuseum über die Schulsituation in Wien. Zunächst skizziert er die unterschiedlichen Situationen von Wien und den Bundesländern. Während österreichweit 35% Kinder von der Volksschule in eine AHS wechseln, sind es in Wien 60%, in manchen Bezirken über 80%. Österreichweit sprechen 25% der Schüler/innen eine andere Umgangssprache als Deutsch, in Wien sind es 52%. 72% der NMS und 39% der AHS Schüler/innen haben in Wien nicht Deutsch als Umgangssprache. Während österreichweit die Schülerzahlen zurückgehen beziehungsweise stagnieren, steigen sie in Wien sogar stärker als man noch vor Jahren angenommen hat. Pro Schuljahr müssen 100 bis 150 zusätzliche Schulklassen im Pflichtschulbereich zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten pro Schulkind sind aber in Wien am geringsten und liegen bei 6500 € pro Jahr, in Bundesländern mit Kleinschulen und geringeren Klassenschülerzahlen sind sie höher (z.B. 8000 € im Burgenland). Die Diversität bei Sprache, Religion und Kultur sei in Wien besonders groß.

Als Risikofaktoren nennt **Himmer** Migrationshintergrund, Umgangssprache, familiäre soziale Situation, Familieneinkommen. Bei den Schulbauten setzt er auf das Campusmodell, möglichst jeder Neubau soll in dieser Form – Kindergarten, Volksschule, Neue Mittelschule – gestaltet werden. In diesem Modell sei auch die Ganztagsbetreuung leichter möglich. Bei der Verbindung von Freizeitgestaltung und Lernen wird an Bildungsgrätzeln gedacht. Die Schulen müssten verstärkt Lernunterstützung anbieten, vor allem dort wo Eltern diese Unterstützung nicht leisten wollen oder nicht können. Die Teilnahme an Elternsprechtage habe abgenommen, manche Eltern kämen nicht einmal dann, wenn ihre Kinder bei einem Musikfest in der Stadthalle auftreten.

Durch die Schulautonomie erhalten die Schulleitungen mehr Möglichkeiten. Die Budgetzuteilung bleibt bei der Bildungsdirektion, dafür müsse es aber klare Kriterien geben. Jene Schulen die mehr brauchen, werden mehr bekommen, das werde sich aber primär auf den Pflichtschulsektor beziehen. Die Zuteilung der Bundeslehrer/innen seien für die Stadt nicht so leicht steuerbar.

Aus dem **Publikum** kommen verschiedene Fragen und Statements.

Wie werden die Lehrer/innen auf die Digitalisierung vorbereitet? Die Digitalisierung bedeutet auch Isolation. Das Zusammenspiel zwischen Schule und Volksbildung funktioniert in Wien zu wenig. Warum werden pensionierte Lehrpersonen nicht mehr einbezogen? Wiener Schulen sind überfüllt, jetzt kommen noch Kinder aus dem Burgenland und Niederösterreich dazu. In NÖ gibt es zu wenig Gymnasien. Wird der Unterricht in Politischer Bildung von der Parteipolitik beeinflusst? Lehrer/innen erhalten Werbematerial.

Himmer antwortet, dass durch die Digitalisierung vieles ermöglicht werde. An den PHs und Universitäten war die Ausbildung bisher vielleicht nicht immer ausreichend, es gebe aber viele Weiterbildungsangebote. Der Mensch werde immer wichtig bleiben. Das Tablet für alle wird ein Thema werden. Er stimmt zu, dass Lehrer/innen nach ihrem Pensionsantritt zu wenig geschätzt werden. Sie werden jetzt in den Stadtschulrat eingeladen und gefragt, ob sie weiter in Kontakt bleiben und gegebenenfalls bei Projekten mitarbeiten möchten. Da es in den Bundesländern viele NMS gibt, seien die Länder an einem Ausbau der Gymnasien nicht so interessiert. Nicht gut findet er, dass manche AHS Direktor/innen nur Kinder mit lauter Einsern aufnehmen. Andere organisieren ihre Klassen nach Leistungsniveaus, in die 1 A kommen die besten Schüler/innen. Wenn Parteien Werbematerial an Lehrer/innen schicken, könne das nicht verhindert werden. Im Unterricht dürfe Parteipolitik keine Rolle spielen, Schüler/innen dürfen auch keine parteipolitische Werbung über die Schule erhalten, ausgenommen Informationen von Schülerorganisationen. Im Fach Politische Bildung gehe es um die Auseinandersetzung mit allgemeinen Fragen.

Eine **NMS Direktorin** berichtet, dass die Schule sehr viel Erziehungsarbeit leisten müsse, die ei-

gentlich Aufgabe der Eltern wäre. Eine **Elternvertreterin** erzählt von der Problematik des Übertritts von der Volksschule in die AHS. Da werde oft ein Gut schon als eine Tragödie gesehen. Die Situation habe sich in den letzten Jahren zusehends verschärft.

Himmer bestätigt das. Er verweist auf die im Pädagogikpaket der Regierung geplante Zweiteilung der Mittelschule mit einem AHS Zweig und einem Standard Zweig. Auf den Einwand, dass der AHS Zweig der Mittelschule für Wiener Eltern, die für ihre Kind unbedingt ein Gymnasium wollen, keine zufriedenstellende Lösung sein dürfte, bringt **Himmer** die Modellregion ins Spiel, auf die sich die Vorgängerregierung geeinigt hatte um die Stimmen den Grünen für eine Verfassungsmehrheit zu bekommen. Allerdings sei dieses Projekt jetzt eher eingeschlafen. Sehr wichtig sei aber auf jeden Fall die Zusammenarbeit mit den Eltern.

Ein **Teilnehmer** bezeichnet das Gymnasium als die Gesamtschule des Bürgertums. Er fragt, welchen Einfluss die Klassenschülerzahlen hätten. Ein anderer **Teilnehmer** spricht die Noten an und bedauert, dass er seinen Sohn in eine Rudolf Steiner Schule ohne Notengebung geschickt hat, denn Schüler wollen Noten, das sieht er an seinen Enkelkindern. Er wollte ihnen den Besuch einer katholischen Privatschule finanzieren, aber sie seien in der öffentlichen Schule sehr zufrieden. Er freut sich auch über die Deutschklassen, Kinder seien arm, wenn sie vom Unterricht nichts mitbekämen.

Himmer antwortet, dass die Zahl 12 als ideale Zahl gelte um vom Unterricht am meisten zu profitieren. Bildungsexpert/innen meinen, dass es für den Bildungserfolg der Schüler/innen keine Rolle spiele, ob 25 oder 36 in einer Klasse säßen, als Lehrer könne er das aber nicht bestätigen. Er sieht keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen einer öffentlichen und einer privaten Schule, auf beiden Seiten gebe es gute und weniger gute Schulen. Noten sind ihm kein zentrales Anliegen. Die siebenteilige Notenskala in der NMS bezeichnet er als idiotisch. Zukünftig soll bei der Notengebung stärker auf Kompetenzen fokussiert werden. Die Talentechecks in der 3. und 7. Schulstufe sollen als Orientierungshilfe dienen. In Wien gibt es 400, in ganz Österreich 700 Deutschförderklassen. An 42 Standorten konnten in Wien aus organisatorischen Gründen keine Deutschförderklassen eingerichtet werden. Mit Zustimmung des Ministeriums wurde eine andere Lösung gefunden. Bei weniger als acht Kindern muss integrativ gefördert werden, aber nicht mehr mit elf Stunden wie bisher sondern nur mit sechs. In Deutschförderklassen mit 17 Kindern werden vermutlich nicht alle den Aufstieg schaffen. Im nächsten Schuljahr sei daher eine Überfüllung der ersten und eine Ausdünnung der zweiten Klassen möglich.

Eine **Teilnehmerin** fragt, in wie weit sich Direktor/innen ihr Lehrpersonal aussuchen können. Eine **Mutter** berichtet, dass ihre Tochter, die sich in einer Schule mit Schulversuch Ethik vom Religionsunterricht abmeldete und Ethik besuchen wollte, jetzt einen Unterricht in beiden Fächern bekommt, da offenbar zu wenig Schüler/innen für Religion übrig blieben. Es unterrichten beide Lehrerinnen gemeinsam. Ein **Teilnehmer** verweist auf das lange negierte Problem der durch die Gastarbeiter entstandenen Parallelgesellschaften.

Himmer bestätigt, dass ab diesem Schuljahr die Direktor/innen drei Namen von Bewerber/innen an den Stadtschulrat schicken können. Dieser wählt dann eine Person aus. Da sich die Lehrer/innen an vielen Schulen bewerben, könne es vorkommen, dass eine Schule keine der gewünschten Personen erhält. Das müsse aber gut begründet werden und werde so gut wie möglich vermieden. Die Regelung gilt für alle Schultypen. Religions- und Ethikunterricht als gemischtes Fach sei nicht zulässig. Die Schule tue ihr Möglichstes um einen Beitrag zur Vermeidung von Parallelgesellschaften zu leisten.